

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

am Montag waren es genau 900 Tage seit der konstituierenden Sitzung des Hessischen Landtags in der aktuellen Wahlperiode. Es ist somit Halbzeit für die schwarzgrüne Landesregierung und für uns ein Anlass, Bilanz zu ziehen. CDU und Grüne in Hessen haben in ihrem Koalitionsvertrag ‚Aufbruch im Wandel‘ versprochen, doch was sie tagtäglich liefern, ist Regierungsarbeit auf dem Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenners – und der wird zusehends noch kleiner.

Vielleicht verschließen CDU und Grüne die Augen vor den Herausforderungen der Zukunft, weil sie schon mit der Gegenwart überfordert sind. Die Corona-Pandemie hat uns alle vor große Aufgaben gestellt. Doch selbst, wenn man sehr fehlertolerant ist, muss man feststellen, dass die Landesregierung hinter den berechtigten Erwartungen

der Menschen an ihre politischen Entscheidungsträger zurückgeblieben ist. Erst hat Schwarzgrün lange gezögert und dann viele falsche Entscheidungen getroffen – von den Schulen, die fünf Monate lang geschlossen blieben, bis zum ver stolperten Start der Impfkampagne. Aber schon vor Corona hat sich gezeigt, dass die Parole „Weiter so!“ nicht ausreicht, um Hessen fit für die Zukunft zu machen. Wir sind überzeugt: Schwarzgrün ist eine Koalition ohne Zukunft.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre Nancy Faeser

BEHÖRDENHANDELN VOLLER UNGEREIMTHEITEN

HANAU UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS



Der Hessische Landtag hat einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der die Vorgänge rund um den rechtsextremistischen Terroranschlag in Hanau am 19. Februar 2020 aufklären soll. Der Antrag der SPD-Fraktion ist in enger Abstimmung mit den Angehörigen der Opfer und der Initiative 19. Februar entstanden und wurde gemeinsam mit den Freien Demokraten und den Linken einbracht. In der Plenardebatte dazu sagte die Vorsitzen-

de der SPD-Fraktion, Nancy Faeser: „In der Nacht vom 19. auf den 20. Februar 2020 sind in Hanau neun junge Menschen einem rassistischen Terroranschlag zum Opfer gefallen. Auch der Täter selbst und seine Mutter kamen ums Leben. Die vielen Details und Unstimmigkeiten, die seither

bekannt geworden sind, legen es aus unserer Sicht zwingend nahe, die Ereignisse mit den Instrumenten eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu durchleuchten. Denn es steht im Raum, dass hessische Sicherheitsbehörden in der Tatnacht und in der Zeit danach Fehler gemacht haben, die sich möglicherweise auf strukturelle Unzulänglichkeiten innerhalb dieser Behörden zurückführen lassen.“ Im Zusammenhang mit dem

Anschlag sei vieles unklar und widersprüchlich. Das reiche von dem nicht erreichbaren Polizeinotruf über den verschlossenen Notausgang in der ‚Arena‘-Bar bis zum Umgang von Polizei und Staatsanwaltschaft mit den Angehörigen. Faeser sagte, die möglichst lückenlose Aufklärung des Geschehenen solle auch einen Beitrag zur Traumabewältigung leisten: „Klarheit über den Ablauf des Attentats, über den Polizeieinsatz und die nachfolgende Ermittlungsarbeit macht das Grauen jener Nacht nicht ungeschehen und bringt keiner Familie das ermordete Kind zurück. Dennoch schulden wir den Opfern des rechtsterroristischen Anschlags und ihren Angehörigen das Bemühen um eine parlamentarische Aufklärung. Denn sie zeigt, dass wir nicht bereit sind, zur Tagesordnung überzugehen.“

SCHWARZGRÜN BEERDIGT TARIFTREUE

Der Hessischen Landtag hat in dieser Plenarwoche über eine Novelle des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes beraten. Für die SPD-Landtagsfraktion hat der Gesetzentwurf von Schwarzgrün das Ziel verfehlt, öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen zu vergeben, die ihre Mitarbeiter nach Tarif bezahlen. Elke Barth, vergabepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, kritisierte in der Aussprache: „Überall dort, wo es Flächentarifverträge gibt, hätte man diese nach EU-Recht als maßgeblich einstufen können. Außerdem fehlt ein vergabespezifischer Landes-

mindestlohn. Diesen haben wir als SPD in Hessen gefordert, wie er in anderen Bundesländern bereits besteht. Nun ist aus dem bisher schlechten Gesetz ein noch schlechteres geworden. Die Chancen sind verpasst,“ so Elke Barth. Es fehle an Kontrollen, Sanktionen seien komplett gestrichen. Das Gesetz fördere Dumpinglöhne und nicht einmal die Grundprinzipien der UN-Sonderorganisation ILO, wie das Recht auf Kollektivverhandlungen und die Abschaffung der Kinder- und Zwangsarbeit, seien es den Grünen wert gewesen, im Gesetz verankert zu werden. „Dieses



Gesetz ist kein Tariftreuegesetz. Es führt bei öffentlichen Aufträgen nicht zu mehr Tariftreue, sondern ist einfach ein reines Vergabegesetz und trägt somit zu einem weiteren Absinken des Lohnniveaus in Hessen bei. Nur der Billigste darf noch öffentliche Aufträge ausführen“, so Elke Barths Kritik an dem Gesetzentwurf.

KITAS UND SCHULEN AUF DEN HERBST VORBEREITEN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Die Schließungen von Schulen und Kitas haben bei vielen Kindern und Jugendlichen tiefe Spuren hinterlassen. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Lisa Gnadl, hat die Landesregierung in einer Aktuellen Stunde daher aufgefordert, die Sommerferien zu nutzen um die hessischen Kitas und Schulen endlich für den Herbst coronafest zu machen. „Nur ein Drittel der Kinder und Jugendlichen ist mit der Pandemie gut zurechtgekommen. Zwei Drittel haben Beratungs- oder Therapiebedarf. 2126 hessische Schülerinnen und Schüler sind komplett abgetaucht. All das darf sich nicht wiederholen.“ Kurz vor den Sommerferien seien viele Menschen, Eltern und Jugendliche fassungslos und wütend, dass wenig bis nichts im letzten Jahr passiert sei und wir möglicherweise vor den gleichen Problemen stünden wie im vergangenen Jahr. Gerade nach den Sommerferien seien besondere Präventionskonzepte für die ersten Wochen notwendig, damit Infektionen nach einer Reiserückkehr effektiv eingedämmt werden. „Erhöhen Sie die Testfrequenz, damit wir schneller eine Infektion

erkennen und nur einzelne Kinder statt ganze Klassen und Gruppen in Quarantäne geschickt werden“, fordert Gnadl. „Kinder und Jugendliche dürfen nicht wieder die Leidtragenden von verpassten Chancen, versäumter Vorbereitung und zu späten politischen Entscheidungen sein.“

SCHREIBEN NACH GEHÖR

In einer Aktuellen Stunde über das so genannte „Schreiben nach Gehör“ nahmen die CDU und CDU-Kultusminister Alexander Lorz für sich in Anspruch, das „Schreiben nach Gehör“ abgeschafft zu haben. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, kritisierte die mangelnde Substanz des Themas: „Das ist lustig und skurril. Denn hier wurde angeblich etwas abgeschafft, das es laut Aussagen des Ministers nie gegeben hat.“



SCHWIMMFLÜGEL REICHEN NICHT

Nach Schätzung der DLRG kann jeder dritte Jugendliche nicht schwimmen. Die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Karin Hartmann, sagte dazu: „Wir müssen verhindern, dass die Gefahr einer Generation der Nichtschwimmer weiter zunimmt, gerade in Zeiten von Corona. Ziel muss es sein, dass alle Kinder und Jugend-



lichen frühzeitig lernen, sich sicher im Wasser zu bewegen.“ Ein auskömmliches Investitionsprogramm und eine Bezuschussung der Unterhaltungskosten, insbesondere für Hallenbäder, sei zwingend erforderlich, um weiteren Schwimmbadschließungen zu entgehen.

GASTRONOMIE UND TOURISMUSBRANCHE UNTERSTÜTZEN

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tobias Eckert, forderte in der Debatte über Perspektiven der Tourismus- und Gastronomiebranche besondere Anstrengungen von Seiten der Landesregierung. „Testen, Maske tragen, Abstand halten – das waren und das bleiben Notwendigkeiten, um einen erneuten Anstieg der Infektionszahlen und damit erneute harte Einschränkungen zu verhindern. Genau deswegen aber braucht die Branche die tatkräftige Unterstützung der Landesregierung – und die muss schon mehr anbieten, als freundliche Worte und ein bisschen Werbung für ‚Urlaub um die Ecke‘.“ Eckert kritisierte das fehlende Engagement von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, der aus dem zwölf Milliarden Euro teuren Schattenhaushalt lieber Radwege und die energetische Sanierung von Altbauten finanziere. Wie man die Branche tatkräftig unterstützt, habe Bundesfinanzminister Olaf Scholz gezeigt, indem er den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für Speisen festgeschrieben hat. „So geht praktische Corona-Hilfe!“



NACHTEILSAUSGLEICH FÜR GEHÖRLOSE

TAUBBLINDEN- UND GEHÖRLOSENGELD



Nachteilsausgleich:

Taubblinden- und Gehörlosengeld ist keine Nettigkeit, sondern ein Recht!

In der Debatte zur Teilhabe von Menschen mit Sinnesbehinderungen sagte die behindertenpolitische Sprecherin Ulrike Alex: „Der Gesetzentwurf für ein Taubblinden- oder Gehörlosengeld ist ein Fortschritt. Der Gesetzentwurf der Landesregierung weist jedoch eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf“. Problematisch sei beispielsweise, dass für den Bezug des Gehörlo-

sengeldes ein Behinderungsgrad von 100 Prozent zur Voraussetzung gemacht werde. Zudem sei nicht nachvollziehbar, warum Menschen, die aus einem anderen Bundesland in eine stationäre Einrichtung in Hessen umziehen, keinen Anspruch auf Gehörlosen- oder Taubblindengeld haben sollten. „Der Gesetzentwurf geht offenbar davon aus, dass Menschen mit Sinnesbehinderungen in großer Zahl nach Hessen ziehen könnten, nur um hier Taubblinden- oder Gehörlosengeld beziehen zu können. Das ist unsinnig. Wenn solche Zuzüge stattfinden, dann aller Erfahrung nach, damit die Betroffenen in der Nähe von Angehörigen leben können. Der Landesregierung müsse klar sein, dass es sich bei den Leistungen um einen Nachteilsausgleich handle, auf den Menschen laut UN-BRK ein Recht haben.

TEILZEITARBEIT FLEXIBLER ERMÖGLICHEN

BEAMTENRECHT



Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag fordert flexiblere Teilzeitregelungen für Landesbeamte, die aus familiären Gründen ihre Ar-

beitszeit reduzieren wollen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde diese Woche ins Plenum eingebracht. Derzeit verlangt das Hessische Beamtengesetz in § 63 eine wöchentliche Mindestarbeitszeit von 15 Stunden. „Diese Mindestarbeitszeit muss fallen. Sie bedeutet, dass in der Praxis zwei volle oder vier halbe Tage gearbeitet werden muss. Das ist völlig antiquiert und wird den individuellen Bedürfnissen vieler junger Familien nicht länger ge-

recht“, sagte die SPD-Abgeordnete Karin Hartmann am Dienstag im Landtag. Es gebe keinen Grund, den Beamtinnen und Beamten in Hessen zu verwehren, was in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bereits Realität ist – flexible Teilzeitarbeitsverhältnisse, bei denen auch eine Arbeitszeit von weniger als 15 Wochenstunden möglich sei. Hartmann forderte die Mehrheitsfraktionen von CDU und Grünen daher auf, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur in Hochglanzbroschüren zu propagieren, sondern auch in die Tat umzusetzen.

NICHTRAUCHER SCHÜTZEN



Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag begrüßt die Verschärfung des Hessischen Nichtraucher-schutzgesetzes. In der Plenardebatte sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion: „Das Rauchverbot auf hessischen Spielplätzen, so wie es bereits in anderen Bundesländern umgesetzt wird, war überfällig. Wir sind froh, dass Hessen – wenn auch spät – endlich reagiert. Denn es sind vor allem Kinder, die sich vor Passivrauch und vor Vergiftungen durch Zigarettenstummel nur sehr schwer alleine schützen können. Daher muss es unsere gemeinsame Aufgabe sein, diesen Schutz zu gewährleisten.“ Die gesundheitlichen Risiken des Passivrauchens seien vor allem für Kinder von erheblichem Ausmaß.

HESSISCHER FONDS HILFT ANSCHLAGSOPFERN

Für die Opfer und Angehörigen schwerer Gewalttaten von landesweiter Bedeutung und von Terroranschlägen hat die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag gemeinsam mit den Fraktionen von CDU, Grünen und FDP einen Hilfsfonds beim Hessischen Landtag eingerichtet, der pro Haushaltsjahr mit 2 Millionen Euro ausgestattet wird. Die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Nancy Faeser, sagte dazu im Landtag: „Das Ziel des Fonds ist es, dass Opfer von extremistischer Gewalt und Terror schnell und unbürokratisch Hilfe und Unterstützungsangebote erhalten und aktiv auf die Betroffenen zugegangen wird.“ Der rechtsterroristische Anschlag von Hanau, der Mord an Dr. Walter Lübcke oder



die Amokfahrt von Volkmarsen seien ein Anlass, das hessische Opferschutzangebot mit einem Opferfonds zu erweitern. Schwere Gewalttaten insbesondere jene, die aus einer extremistischen oder terroristischen Motivation heraus begangen werden, hinterlassen bei den Opfern und ihren Familien körperliche und seelische Verwundungen, die oft nicht mehr verheilen. „Das Leben, so wie sie es kannten, gibt es für sie nicht mehr. Als Akt der Unterstützung und des Mitgeföhls helfen wir den Opfern und ihren Angehörigen bei der Bewältigung der neuen Lebenssituation damit auch materiell, mit Zuwendungen von bis zu 100.000 Euro, über die Gewährung entscheidet ein 11-köpfiger Beirat.“

HALBZEIT FÜR SCHWARZGRÜN

KOALITION OHNE ZUKUNFT

Vor ziemlich genau zweieinhalb Jahren, am 18. Januar 2019, hat sich der Hessische Landtag für seine 20. Wahlperiode konstituiert. Die Vorsitzende der SPD-Fraktion,

Nancy Faeser, hat eine Zwischenbilanz der bisherigen Regierungsarbeit von CDU und Grünen in Hessen gezogen: „Die Regierungsparteien geben sich alle Mühe, die schwarzgrüne Koalition als Modell für die nächste Bundesregierung zu verkaufen. Im politischen Alltag aber taugt Schwarzgrün nur als abschreckendes Beispiel.“ Auf unserer [Website](#) haben wir zusammengefasst, wie sich die elf Ministerinnen und Minister in ihrer bisherigen Amtszeit geschlagen haben.

VERMÖGENSSTEUER

In einer Debatte zur Steuergerechtigkeit in Deutschland machte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Marius Weiß, deutlich, dass die Steuerfrage eine soziale Frage sei: „Sowohl die fachliche als auch die politische Betrachtung der jeweiligen Steuerprogramme zeigt vor allem eines: CDU/CSU wollen wieder einmal die Besserverdiener entlasten, während sich SPD, Grüne und Linke um die Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen sorgen. Erschreckend bei den Plänen der Union ist nicht nur die verzichtbare Entlastung der vermögendsten fünf Prozent in diesem Land, sondern auch das gigantische Haushaltsloch, das diese Entlastung reißen würden.“ Die unverantwortlichen Steuer senkungspläne für die Reichsten erzeugten jährlich rund 30 Milliarden Euro Mindereinnahmen, die der öffentlichen Hand dann fehlten. In Hinblick auf den massiven Investitionsbedarf durch Herausforderungen wie den Klimawandel oder auch die Sanierung der Infrastruktur seien solche Vorhaben schlicht unverantwortlich.



Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Cord Wilke,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath,
Leon Schenke